

Die kantonale Grundstücksteuer auf Liegenschaften juristischer Personen ist am aussterben. Nur noch wenige Kantone kennen eine solche Steuer. Der Kanton Basel-Stadt gehört dazu. Von dieser Steuer sind auch die Liegenschaften der Personalvorsorgeeinrichtungen betroffen. Jährlich müssen diese 2 Promille des Wertes der Liegenschaften, die sich auf Kantonsgebiet befinden, als Steuer an den Staat abführen. Bei den gegenwärtigen tiefen Zinsen ist es für Pensionskassen wichtiger denn je, ihr Anlageportefeuille zu optimieren. Bevor es zu Anlageentscheidungen kommt, werden die Risiken, aber auch die "Renditefresser" genau analysiert. Auch im Immobilienmarkt ist pro Anlageobjekt mit tieferen Renditen zu rechnen. Bei Neubauten werden Bruttorenditen unter 5% zur Normalität. Abgaben erhalten so in der Entscheidungsfindung ein grösseres Gewicht. Der Anfragersteller kennt persönlich eine mittelgrosse Pensionskasse, die sich wegen der jährlichen Grundstücksteuer von ihren baselstädtischen Immobilien getrennt hat. Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend bei sinkenden Renditen fortsetzen könnte. Da Personalvorsorgeeinrichtungen als grosse Immobilieninvestoren bekannt sind, würde ihr Wegfall für Basel-Stadt einen empfindlichen Rückschritt in die Stadtentwicklung und die Erneuerung der Bausubstanz bedeuten.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Anerkennt der Regierungsrat die wichtige Stellung der Personalvorsorgeeinrichtungen im Immobilienmarkt?
- Ist der Regierungsrat bereit, Grundlagen für einen attraktiven Immobilienmarkt zu schaffen und kann er sich vorstellen, die kantonale Grundstücksteuer für Personalvorsorgeeinrichtungen abzuschaffen?
- Ist der Regierungsrat - im Wissen darum, dass jeder abgeführte Steuerfranken als Rentenfranken nicht mehr zur Verfügung steht - mittelfristig bereit, die Pensionskassen von weiteren kantonalen Steuern zu befreien?
- Kann sich der Regierungsrat vorstellen, in obengenannten steuerlichen Belangen schweizweit eine Pionierrolle einzunehmen und so eine Sitzverlegung von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge nach Basel schmackhaft zu machen?

Emmanuel Ullmann